

Verträge bereits genehmigt. Die Kredite sind rechtskräftig. Der Bund kann sich darauf verlassen, dass er nur etwa 24 Millionen Franken bezahlen muss.

Ich bitte Sie, diesen Staatsvertrag mit Frankreich betreffend den Ausbau der Schiffsanlagen Kembs und dessen Finanzierung zuzustimmen und dann anschliessend auch den Kredit von 24 Millionen Franken zu genehmigen und damit das letzte Nadelöhr am Oberrhein zu beseitigen.

Ich erinnere Sie daran, dass Sie ja die gute und richtige Gewohnheit haben, jeweils leichten Herzens ziemlich grosse Kredite für eine andere randständige Stadt, nämlich Genf, zu bewilligen, immer dann, wenn es darum geht, für die Gebäude internationaler Organisationen Kredite zu sprechen. Sie tun dies im Wissen, dass zwar einerseits die beiden Städte Basel und Genf gewiss von Ihrer Grosszügigkeit profitieren, dass aber andererseits sowohl der internationale Charakter von Genf wie auch der Charakter von Basel als dem berühmten goldenen Tor zur Schweiz zwei Eigenschaften und zwei Reputationen sind, die es verdienen, im Interesse der ganzen Schweiz erhalten zu bleiben.

Ogi Adolf, Bundesrat: Als «Auch-Bergler» möchte ich zu diesem Geschäft kurz in sechs Punkten Stellung nehmen. Ich bin der Meinung, dass uns diese Vorlage die Möglichkeit gibt, die Bedeutung der Rheinschifffahrt für unser Land wieder etwas in den Vordergrund zu rücken.

1. Die Rheinschifffahrt spielt in der schweizerischen Verkehrspolitik eine bedeutende Rolle. Wir haben es leider ein wenig vergessen. Rund 15 Prozent des gesamtschweizerischen Aussenhandels werden über den Rhein abgewickelt. Wir haben auch das vergessen. Die Rheinschifffahrt bildet einen wichtigen Bestandteil des kombinierten Verkehrs als Zubringer und Abnehmer der Bahn und des Strassenverkehrs. Herr Plattner hat bereits darauf hingewiesen. Die Rheinschifffahrt ist umweltfreundlich. Wir vergessen auch das immer wieder. Ich bin mit Herrn Danioth absolut einverstanden: Der Rhein ist unsere schlafende Prinzessin, wir sollten sie nur wachküssen. Jährlich passieren 20 000 Schiffe mit einem Frachtvolumen von etwa 10 Millionen Tonnen die sechzigjährige Schiffsanlange, die wir nun anpassen und modernisieren möchten.

2. Es wurde bereits erwähnt: Kembs verfügt im Gegensatz zu den übrigen Staustufen lediglich über eine lange Schleuse. Ihre Länge beträgt 183 Meter. Moderne, über 100 Meter lange Schiffe können in der kleinen Schleuse, die 97 Meter lang ist, nicht geschleust werden. Davon sind beispielsweise Containerschiffe betroffen, und diese fassen bis zu 220 Container oder 2500 Tonnen Nutzlast. Wenn Sie sich das vorstellen und diese Zahlen übertragen, sind das sechs Güterzüge à zehn Waggons oder 90 28-Tonnen-Lastwagen. Damit sind natürlich bei der Schleuse Kembs Wartezeiten programmiert, und bei Sperrung der Schleuse gibt es grosse Schwierigkeiten. Wir können mit diesen Schwierigkeiten nicht mehr weiterleben. In diesem Sinne ist eine Korrektur notwendig.

3. Als Verbesserungsmaßnahmen sind zwei alternative Lösungen denkbar: Bau einer dritten Schleuse oder Verlängerung der kleinen Schleuse von 97 Meter auf 190 Meter. Die eingehende Abklärung hat gezeigt, dass der Bau einer dritten Schleuse schlicht und einfach zu teuer wäre. Die Verhandlungen mit Frankreich – wir sind den französischen Behörden sehr dankbar, dass sie uns so viel Verständnis entgegengebracht haben – haben gezeigt, dass die Verlängerung der kleinen Schleuse von 97 Metern auf 190 Meter und die Modernisierung der bestehenden Anlage die beste Lösung darstellt. Die Gesamtkosten werden zwischen der Schweiz und Frankreich im Verhältnis 60 zu 40 aufgeteilt.

4. Die technischen und finanziellen Modalitäten des Ausbaus sind, wie das Herr Danioth gesagt hat, im Staatsvertrag geregelt. Dieser wurde bereits am 14. März 1994 auf Kreta unterzeichnet.

5. Die Gesamtkosten liegen in der Grössenordnung von rund 200 Millionen französischen Francs, also rund 50 Millionen Franken. Der schweizerische Kostenbeitrag beträgt 60 Prozent und dürfte somit ohne Teuerung rund 30 Millionen Franken ausmachen. Vom schweizerischen Kostenbeitrag werden die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft pauschal

je 3 Millionen Franken übernehmen. Ich möchte den beiden Ständen für ihr Entgegenkommen danken. Es zeigt, wie bedeutungsvoll diese Schleuse für die beiden Stände ist.

6. Aus wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen hat hauptsächlich die Schweiz ein Interesse am Ausbau dieser Schiffsanlange. Wir sind der Meinung, dass der Kostenteiler mit Frankreich – 60 zu 40 – für uns günstig ist. Wir meinen, dass unmittelbar nach der Ratifizierung des Staatsvertrages mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen werden sollte. Wir gehen davon aus, dass die Bauarbeiten rund vier Jahre dauern werden. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat dem Bundesbeschluss über einen Staatsvertrag mit Frankreich am 8. Juli einstimmig zugestimmt.

Ich bitte Sie, dieser wichtigen Vorlage, wenn möglich einstimmig, zuzustimmen. Es ist eine wichtige Angelegenheit für die Zukunft der Schweiz und für die Rheinschifffahrt.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1–3
Titre et préambule, art. 1–3**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes

24 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

94.047

**Europäisches Büro
für Funkangelegenheiten.
Übereinkommen
Bureau européen
des radiocommunications.
Convention**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 11. Mai 1994 (BBI III 501)
Message et projet d'arrêté du 11 mai 1994 (FF III 504)

Gadient Ulrich (V, GR) unterbreitet im Namen der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Das Europäische Büro für Funkangelegenheiten (ERO) wurde im Rahmen der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post und Fernmeldewesen (CEPT) im Mai 1991 vorerst provisorisch eingerichtet. Es dient der fachlichen Unterstützung und Beratung des Europäischen Funkausschusses, einem Organ der CEPT, dessen Aufgabe darin besteht, Grundsätze im Bereich des Funkwesens auszuarbeiten und Regelungen auf dem Gebiet der Funkfrequenzen sowie technische Angelegenheiten zu koordinieren.

Die Schweiz, seit 1959 Mitglied der CEPT, die 36 europäische Länder umfasst, spielt eine nicht unwesentliche Rolle innerhalb dieser Organisation, zählt sie doch zu den fünf Ländern, die bei Beschlussfassungen am meisten Gewicht haben.

Das ERO dient als fachliches Beratungsorgan, das technische Probleme und Verwaltungsfragen untersucht. Es ist ein ständiges Fachzentrum für Funkangelegenheiten mit der Aufgabe, langfristige Analysen des Frequenzbedarfs auf europäischer Ebene durchzuführen und die Verbindungen mit nationalen Behörden und internationalen Organisationen aufrechtzuerhalten.

Mit dem vorliegenden Übereinkommen wird das ERO zu einer ständigen internationalen Organisation mit Sitz in Kopenhagen (Dänemark).

Das Übereinkommen, von der Schweiz am 20. Oktober 1993 vorbehaltlich Ratifizierung unterzeichnet, wird voraussichtlich Ende 1994 in Kraft treten.

2. Die Kommission befasste sich an ihrer Sitzung vom 28. Juni 1994 mit diesem Geschäft. Sie ist vom Nutzen einer Mitgliedschaft beim ERO überzeugt: Dies ermöglicht der Schweiz, sich an den Fachorganen des CEPT zu beteiligen und so ihre Interessen im Bereich des europäischen Funkwesens zu vertreten, dies um so mehr, als unser Land seit dem Volksnein zum EWR-Beitritt von den EU-Tätigkeiten in diesem Bereich, in dem die internationale Koordination immer dringender wird, ausgeschlossen ist.

Gadient Ulrich (V, GR) présente au nom de la Commission des transports et des télécommunications (CTT) le rapport écrit suivant:

1. Le Bureau Européen des Radiocommunications (BER) a été institué, tout d'abord à titre provisoire en mai 1991, dans le cadre de la Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications (CEPT) en tant qu'instance chargée d'assister et de conseiller le Comité Européen des Radiocommunications. Ce Comité, l'un des organes de la CEPT, a pour fonction de déterminer les politiques à suivre en matière de radiocommunications ainsi que de coordonner les questions relatives à la gestion des fréquences, à la réglementation et à la technologie.

La Suisse a adhéré en 1959 à la CEPT qui regroupe 36 pays européens et elle y joue dès lors un rôle non négligeable, puisqu'elle compte parmi les cinq pays qui ont le plus de poids dans la prise des décisions.

Le BER est donc conçu comme un organe de conseil et d'expertise pour les questions de nature technique et administrative. Il constitue un centre permanent de compétences techniques en matière de radiocommunications qui est chargé d'entreprendre des analyses à long terme sur les besoins en fréquence à l'échelle européenne et d'assurer la liaison avec les autorités nationales compétentes ainsi qu'avec d'autres organisations internationales.

La convention dont il est question ici a pour but de donner un statut permanent au BER qui est une organisation internationale dont le siège est à Copenhague (Danemark).

La Suisse a signé la convention le 20 octobre 1993 sous réserve de ratification et son entrée en vigueur est prévu pour la fin de l'année 1994.

2. La commission a traité cet objet lors de sa séance du 28 juin 1994. Elle s'est déclarée convaincue de l'utilité de la présence de la Suisse au sein du BER afin de lui permettre de participer aux travaux des organes spécialisés de la CEPT et ainsi de faire valoir ses intérêts dans le domaine des radiocommunications au niveau européen. Ceci d'autant plus que depuis le refus par le peuple suisse de l'adhésion à l'EEE, la Suisse ne participe plus aux travaux des instances communautaires dans ce domaine où la nécessité d'une coordination internationale se fait de plus en plus pressante.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, den Bundesbeschluss, mit dem der Bundesrat zur Ratifikation des Übereinkommens zur Gründung des Europäischen Büros für Funkanlegenheiten ermächtigt wird, anzunehmen.

Proposition de la commission

La commission propose, à l'unanimité, d'accepter l'arrêté fédéral autorisant le Conseil fédéral à ratifier la Convention pour la création du Bureau Européen des Radiocommunications.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2 Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

21 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

94.3095

Interpellation Simmen UKW-Sendernetzplanung Plan des réseaux d'émetteurs OUC

Wortlaut der Interpellation vom 9. März 1994

Regionalsender tragen, zusammen mit regionalen Zeitungen, wesentlich zur Schaffung und Erhaltung regionaler und kantonalen Identität bei. Je nachdem, wie die Sendegebiet eingeteilt sind, werden historisch gewachsene Einheiten gestärkt oder geschwächt. Vor allem Kantone mit langen Grenzen und schmaler Form wie z. B. der Kanton Solothurn laufen Gefahr, von verschiedenen Seiten zugedeckt zu werden.

Die UKW-Sendernetzplanung hat deshalb eine Bedeutung, die weit über blosse Organisationsmassnahmen hinausgeht. Die laufende Planung befasst sich in einer Phase I mit der Süd- und Westschweiz. Diese Phase I hat jedoch auch grosse Auswirkungen auf die Phase II, indem verschiedene Sender über die Ränder des zu regelnden Gebietes hinausstrahlen. Damit wird die spätere Verteilung präjudiziert.

Ich stelle deshalb folgende Fragen:

Ist der Bundesrat bereit,

1. für solothurnische Gebiete eine A-Versorgung durch ein solothurnisches Radio zu garantieren, insbesondere für jene Gebiete, in denen Überschneidungen mit Gebieten der Regionen Biel und Bern nicht zu vermeiden sind;
2. in Phase II der UKW-Sendernetzplanung das Gebiet des Jurasüdfusses als einheitlichen Kommunikationsraum zu behandeln, welcher die Gebiete innerhalb der solothurnischen Kantonsgrenzen von Grenchen bis Schönenwerd umfasst;
3. diesen Kommunikationsraum als Versorgungsgebiet im Sinne von Artikel 22 Buchstabe a RTVG zu definieren;
4. für das Schwarzbubenland ein Gebiet mit A-Versorgung festzulegen, das die Bezirke Dorneck und Thierstein umfasst?

Texte de l'interpellation du 9 mars 1994

Les émetteurs régionaux, comme les journaux régionaux d'ailleurs, contribuent de manière déterminante à forger et à maintenir l'identité d'une région et d'un canton. En fonction de la répartition des zones desservies, les entités historiques se trouvent soit renforcées soit affaiblies. Ce sont surtout les cantons de forme étroite et allongée comme le canton de Soleure qui courent le risque d'être desservis par plusieurs émetteurs à la fois.

La planification des réseaux des émetteurs OUC a donc une importance qui dépasse les seules mesures d'organisation. La planification en cours porte sur la phase I (ouest et sud de la Suisse). Cette phase I a cependant de grandes répercussions sur la phase II, en ce sens que plusieurs émetteurs émettent au-delà des régions dont il faut régler la couverture. Par conséquent, la répartition ultérieure en pâtira.

Voici les questions que j'adresse au Conseil fédéral:

Est-il disposé:

1. à garantir, grâce à une radio soleuroise, une couverture en zone A pour les territoires soleurois, notamment ceux où il est impossible d'éviter des chevauchements de diffusion avec les régions de Bienne et de Berne;

Europäisches Büro für Funkangelegenheiten. Übereinkommen

Bureau européen des radiocommunications. Convention

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1994 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | III |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Herbstsession |
| Session | Session d'automne |
| Sessione | Sessione autunnale |
| Rat | Ständerat |
| Conseil | Conseil des Etats |
| Consiglio | Consiglio degli Stati |
| Sitzung | 08 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 94.047 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 29.09.1994 - 08:00 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 963-964 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 024 744 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.